
Hintergrundbriefing

Die Grüngasquote: sozial ungerechte Kostenfalle und klimapolitischer Irrweg

Die aktuell diskutierte **Grüngasquote** ist ein trojanisches Pferd der fossilen Lobby. Statt den Klimaschutz voranzubringen, hält sie veraltete Gasnetze länger am Leben und wälzt die Kosten für den industriellen Wasserstoffhochlauf unkontrolliert auf private Haushalte ab. Insbesondere einkommensschwache Mieter:innen, die in Wohnungen mit Gasheizung festsitzen, werden zu unfreiwilligen Finanzierern einer ineffizienten Technologiepolitik.

1. Wie funktioniert die Grüngasquote?

Die Quote soll Gasversorger verpflichten, einen Anteil „grüner Gase“ real oder rechnerisch beizumischen und schrittweise zu erhöhen. Dieser Hochlauf soll die Dekarbonisierung der Gasnetze ermöglichen. Anstatt physisch in jede einzelne Leitung grünes Gas einzuspeisen, können Versorger die Vorgabe auch rein rechnerisch über handelbare Zertifikate erfüllen. Das bedeutet, dass das Gas an einer beliebigen Stelle in ein beliebiges Netz eingespeist wird, die ökologische Eigenschaft jedoch bilanziell an einen Versorger an einem ganz anderen Ort verkauft werden kann. Das ursprünglich aus der Gaswirtschaft stammende und von der SPD übernommene Modell wird heute primär von Verbänden wie Zukunft Gas (neuer Name: „Gas- und Wasserstoffwirtschaft“) vorangetrieben, um fossile Infrastrukturen durch „Grünrechnung“ profitabel zu halten.

2. Die soziale Dimension: Haushalte als unfreiwillige Kostenträger

Für sozial schwache Haushalte ist die Quote hochriskant, da sie als regressive Abgabe wirkt:

- **Preistreiber:** Teure grüne Gase erhöhen den Gaspreis für alle. Je nach Ausgestaltung könnten durch die Quote die Gaspreise bis 2040 um ca. ein Viertel steigen.¹
- **Mangelnde Handlungsfreiheit:** Mieter:innen in schlecht gedämmten Gebäuden können ihre Heizungsart nicht wählen. Sie sind der Preisspirale schutzlos ausgeliefert.
- **Soziale Schieflage:** Während wohlhabende Eigenheimbesitzer staatliche Förderung für Wärmepumpen nutzen und sich vom Gasnetz abkoppeln, bleiben Geringverdiener in der „Kostenfalle Gasnetz“ zurück.

¹ Agora Energiewende (2025): Factsheet Grüngasquote – Einordnung für die 21. Legislaturperiode. Verfügbar unter: https://www.agora-energiewende.de/fileadmin/Projekte/2025/2025-01_IND_Gr%C3%BCngasquote/A-EW_360_Factsheet_Gruengasquote_WEB.pdf

3. Explodierende Netzentgelte und Mythos vom grünen Gasnetz

Die Gaslobby nutzt die Quote, um den Weiterbetrieb der fossilen Netze zu legitimieren. Doch dieser Weiterbetrieb geht mit immensen Kosten einher:

- **Energetischer Unsinn:** Wasserstoff für Raumwärme zu verbrennen ist unsinnig und teuer.²
- **Verzögerter Rückbau:** Anstatt die Gasnetze geordnet stillzulegen, werden Investitionen in eine Infrastruktur fließen, die langfristig „Stranded Assets“ darstellt. Gasnetze werden zum Großteil stillgelegt werden müssen.
- **Explodierende Netzentgelte:** Je weniger Menschen Gas nutzen, desto höher werden die Fixkosten für die Verbleibenden – meist einkommensschwache Mieterhaushalte. Ohne frühzeitige Planung ist damit zu rechnen, dass ein durchschnittlicher Drei-Personen-Haushalt bis 2045 durch steigende Netzentgelte jährlich mit etwa 3.000 bis 4.000 Euro zusätzlich belastet wird.³

4. Das Umweltproblem: Eine undifferenzierte Mogelpackung

Das Problem: Es wird alles in einen Topf geworfen – von echtem grünem Wasserstoff bis hin zu Biomethan und zweifelhaften Low-Carbon Fuels (LCFs).⁴ Es entsteht der falsche Eindruck, das Heizen mit Gas werde „von selbst“ klimaneutral. Dies verzögert den Umstieg auf echte Alternativen wie Wärmepumpen:

- **Verwässerung:** Da Biomethan und LCFs kostengünstiger sind, würden sie eine undifferenzierte Quote dominieren und den Markthochlauf für echten grünen Wasserstoff blockieren. Ein künstlicher Biomethan-Hochlauf ist zudem kontraproduktiv, da das begrenzte Potenzial für die Flexibilisierung des Strommarktes ertüchtigt werden sollte, statt in ineffizienten Gasthermen zu verpuffen. Dieser Ansatz zementiert darüber hinaus unter dem Deckmantel der „kohlenstoffarmen“ Gase (LCFs) weiterhin fossile Abhängigkeiten.
- **Infrastruktur-Illusion:** Die bilanzielle Anrechnung täuscht darüber hinweg, dass grüne Gase physisch nicht beliebig austauschbar sind und inkompatible Infrastrukturen benötigen. Viele Bestandsleitungen und Thermen sind technisch nicht für hohe Wasserstoffkonzentrationen ausgelegt eine Beimischung daher nur sehr begrenzt möglich.²
- **Systemisches Betrugsrisiko:** Herkunftsregister sind hochgradig anfällig für Missbrauch. Wie das Beispiel der THG-Quote im Verkehrssektor zeigt, droht eine rein papiergestützte Klimaneutralität ohne sicheren ökologischen Gegenwert.

² Pfluger, B. et al. (2024): Heizen mit Wasserstoff – Aufwand und Kosten für Haushalte. Fraunhofer IEG/ISI. Verfügbar unter: https://www.greenpeace.de/publikationen/251014_Studie_Heizen_mit_Wasserstoff_20251013.pdf

³ Fraunhofer IFAM (2025): Gasnetzstilllegungsplanung – Kurzgutachten. Umweltinstitut München. Verfügbar unter: https://umweltinstitut.org/wp-content/uploads/2025/12/IFAM_Kurzgutachten_Gasnetzstilllegungsplanung_2025-12-05.pdf

⁴ Unter Low Carbon Fuels fällt unter anderem auch „kohlenstoffarmer“ Wasserstoff, der aus fossilem Erdgas hergestellt wird. Die Förderung von Low Carbon Fuels kann nicht als transformativ bezeichnet werden, da sie die Investition von fossiler Infrastruktur und sogar die Erschließung neuer Erdgasförderung anreizen kann.

● **Alternative: Das Midstreamer-Modell als gezieltes Instrument**

Statt die Kosten des Wasserstoffhochlaufs „haushaltsneutral“ auf dem Rücken der Haushalte zu verteilen, sollte diese Zukunftstechnologie offen und zielgerichtet mit öffentlichen Mitteln unterstützt werden, wo dies nötig und sinnvoll ist. Wasserstoff wird für Klimaneutralität vor allem in der Industrie gebraucht. Als real eingesetzter Energieträger in einem funktionierenden Kernnetz, nicht als Rechenmodell zur Verlängerung der Lebensdauer der Gasnetze.

Andere Ansätze wie das VIK-Midstreamer-Konzept setzen auf staatlich abgesicherte Vermittler, die durch langfristige Verträge Planungssicherheit für Produzenten schaffen und den Wasserstoff gezielt in Sektoren wie die Stahlindustrie lenken, um deren ökologischen Umbau zu unterstützen. Dies ermöglicht einen Markthochlauf durch direkte Förderung, anstatt auf verpflichtende Quotenmodelle zu setzen.⁵

5. Konkrete Schritte für eine faire Energiewende

Klimapolitik darf kein soziales Risiko werden. Die Grüngasquote für den Gebäudesektor ist der falsche Weg, stattdessen braucht es klare, transparente und sozial gerechte Maßnahmen:

1. **Hände weg vom Heizkessel:** Keine Grüngasquote für den Gebäudesektor.
2. **Alternativen fördern:** Den Umstieg auf Wärmepumpen durch eine verlässliche Festpreisförderung beschleunigen sowie eine umfassende Sanierungsoffensive vorantreiben und Mieter*innen wirksam vor fossil bedingten Kostensteigerungen schützen.
3. **Pragmatisch planen statt am Gasnetz festhalten:** Verbindliche und transparente Stilllegungspläne für Gasverteilnetze, verknüpft mit dem gezielten Ausbau einer klimaneutralen, effizienten Wärmeversorgung sowie finanzieller Unterstützung für Mieter*innen und einkommensschwache Haushalte.
4. **Transparenz bei den Kosten:** Der Wasserstoffhochlauf muss über Steuern oder industrielle Umlagen finanziert werden – nicht über eine intransparente Quote für Haushalte.

⁵ VIK – Verband der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft e. V. (2026): „Wasserstoff-Midstreamer als zentrales Förderinstrument für den Wasserstoffhochlauf“. Stellungnahme, 08.01.2026. Verfügbar unter: <https://vik.de/files/portfolio/VIK-Midstreamer-Konzept-fuer-den-Wasserstoffhochlauf.pdf>

Stand: 19.02.2026



Deutsche Umwelthilfe e.V.

Bundesgeschäftsstelle Radolfzell
Fritz-Reichle-Ring 4
78315 Radolfzell
Tel.: 0 77 32 9995 - 0

Bundesgeschäftsstelle Berlin
Hackescher Markt 4
Eingang: Neue Promenade 3
10178 Berlin
Tel.: 030 2400867-0

Kontakt

Paula Brandmeyer
Stellvertretende Bereichsleiterin
Energie und Klimaschutz
E-Mail: brandmeyer@duh.de
Tel.: +49 30 2400867-97

Helene Freitag
Referentin
Energie und Klimaschutz
E-Mail: freitag@duh.de
Tel.: +49 30 2400867-968

www.duh.de info@duh.de www.duh.de/newsletter-abo

.../umwelthilfe

Als gemeinnütziger und politisch unabhängiger Verein machen wir uns bereits seit 50 Jahren für Natur-, Umwelt- und Verbraucherrechte stark. Von der Einführung des Dosenpfands über unsere historische Klimaklage bis zum Kampf gegen Greenwashing-Kampagnen:

Wir setzen Umweltschutz durch. Für uns alle.

Transparent gemäß der Initiative Transparente Zivilgesellschaft, dem DZI Spenden-Siegel und dem Deutschen Spendenrat.



Initiative
Transparente
Zivilgesellschaft



Deutscher
Spendenrat e.V.
Die gute Tat im Blick



Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit: www.duh.de/spenden

Spendenkonto: SozialBank | Deutsche Umwelthilfe | IBAN: DE45 3702 0500 0008 1900 02 | BIC: BFSWDE33XXX